

## PRESSEMITTEILUNG



### Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert Ausbildung für *alle* jungen Menschen

Positionspapier zur Ausbildungs- und Bildungssituation junger  
Menschen veröffentlicht



**Berlin, 2. Juli 2010.** „Wir appellieren an die politischen Entscheidungsträger in Deutschland, sich der Probleme des Übergangs vieler junger Menschen von der Schule in den Beruf anzunehmen und den Blick auf Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf zu richten“, kommentiert Walter Würfel, Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit, die Herausgabe des Positionspapiers „Ausbildung für *alle* jungen Menschen – Konsequenzen für Berufsbildung und Förderung“, das der Kooperationsverbund heute veröffentlicht hat. Anlässlich des am 28. April im Bundestag erstmals vorgestellten Berufsbildungsberichtes 2010 zieht der Zusammenschluss der sieben bundesweiten Organisationen der Jugendsozialarbeit Bilanz und bietet zudem seine Expertise bei der Entwicklung einer kohärenten Förderstrategie an.



„Wir teilen die Auffassung der Autor/innen des Berufsbildungsberichtes, dass die Optimierung des Übergangs zwischen Schule und Ausbildung hohe Priorität haben muss“, so Walter Würfel. „Daher begrüßen wir auch das Programm „Bildungsketten“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.“ Allerdings bemängelt der Kooperationsverbund, dass der Bericht die Lage leistungsschwächerer junger Menschen auf dem Ausbildungsmarkt zu wenig in den Blick nimmt und weiterhin strukturelle Probleme des Bildungssystems ungelöst bleiben.



Der Kooperationsverbund bewertet die im Berufsbildungsbericht getroffenen Aussagen und kritisiert eine fehlende transparente Ausbildungsstatistik, die das Ausmaß der Ausbildungsnachfrage realistisch erfasst. So fehlen in den vorliegenden Angaben die knapp 400.000 Jugendlichen, die sich in Maßnahmen des Übergangssystems befinden. Zusätzlich werden die unterschiedlichen Situationen von jungen Männern und Frauen sowie von Jugendlichen mit Migrationshintergrund nicht ausreichend beachtet.



„Uns geht es vor allem um konkrete Förderinstrumente, die benachteiligten jungen Menschen Ausbildung ermöglichen“, erläutert Walter Würfel. Zu die-

1/2

sen gehören u. a. neue Modelle der assistierten oder trialen Ausbildung, die Weiterentwicklung der ausbildungsbegleitenden Hilfen und die Absicherung des Jugendwohnens. Der Ausbildungsbonus für benachteiligte Jugendliche und Altbewerber/innen muss erhalten bleiben, zudem müssen weitere außerbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Dringenden Handlungsbedarf sieht der Kooperationsverbund auch bei der Zusammenarbeit von Schule und Jugendsozialarbeit sowie bei der verlässlichen Übergangsbegleitung. „Das neue Programm der „Bildungsketten“ weist gute Elemente auf, kann aber zu Fallstricken führen, wenn der Dschungel von unterschiedlichen Förder-, Steuerungs- und Vergabebedingungen weiterhin bestehen bleibt“, gibt Walter Würfel zu bedenken.

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit entwickelt im Jahr 2010 Eckpunkte und Kriterien für ein kohärentes Fördersystem. „Gerne stellen wir der Politik unsere Kompetenzen und Erfahrungen zur Verfügung“, so Walter Würfel.

Das Positionspapier steht unter [www.jugendsozialarbeit.de](http://www.jugendsozialarbeit.de) als Download zur Verfügung.



**Ansprechpartnerin:** Annika Koch

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Telefon: 030 / 28 87 89 59; E-Mail: [annika.koch@jugendsozialarbeit.de](mailto:annika.koch@jugendsozialarbeit.de)

Internet: [www.jugendsozialarbeit.de](http://www.jugendsozialarbeit.de)

*Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG Ejsa) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.*